

Die Monatsschrift für Kriminalpsychologie enthält eine Anzahl recht guter kriminalstatistischer Abhandlungen, ich nenne hier noch: de Roos, Aus der niederländischen Kriminalstatistik 2. 156. Kürz, Zur Prophylaxe der Rohheitsdelikte 2. 24. Herz, Die Kriminalität in den einzelnen österreichischen Kronländern und ihr Zusammenhang mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen 1. 541. v. Mayr, Die Rugbarmachung der Kriminalstatistik 1. 42. Klotz, Staatsanwaltschaftsrat. Eine Zählung der Zeugenmeineide im Strafprozeß 2. 667.

Aus dieser Abhandlung seien hier einige Sätze wiedergegeben, um zu zeigen, wie man m. E. mit den Zahlen doch nicht umgehen darf. Es heißt da S. 671: „In allen Strassachen des Landgerichtsbezirks Halle, mit 558 110 Gerichtseingefessenen, wurden also in einem Jahre vernommen:  $5579 + 4090 + 6514 = 16\,183$  Zeugen, kommen aber auf 558 110 Einwohner 16 183 Zeugen, so kommen auf das ganze Deutsche Reich mit 55 345 014 Einwohnern: 1 604 794 Zeugen“ und S. 672 sagt Klotz: „Es kommen also auf 812 Zeugen 6 Meineide oder auf 1000 Zeugen 7 Meineide. Wenn nun auf 1000 Zeugen 7 Meineide zu rechnen sind, so ergeben sich für 1 604 794 Zeugen: 11 321 Meineide.“ Nach Angaben der Reichskriminalstatistik wurden 631 Personen im Jahre 1902 wegen Meineids verurteilt. „So viele Meineide werden also nach dieser Schätzung in einem Jahre in Deutschland geschworen, und kläglich nehmen sich dagegen die oben genannten Zahlen des Statistischen Amtes unserer wirklichen Beurteilungen aus“.

## 16.

**Militärstrafrecht.**

Berichterstatter: Kriegsgerichtsrat Dr. E. Steidle in München.

1. Bei Beck (München) ist eine Sammlung von 95 auf Heer und Flotte bezüglichen Gesetzen und Verordnungen erschienen (geb. 4 Mk.), darunter auch die Genfer Konvention mit Ergänzungen.

2. Im Recht Nr. 6 S. 367 erörtert Krißler die wohl selten praktisch werdende Frage über die Besetzung eines Oberkriegsgerichts, „wenn mit einem Offizier, Unteroffizier oder Gemeinen gleichzeitig ein Sanitätsoffizier, Ingenieur des Soldatenstandes oder Militärbeamter abzuurteilen ist (§§ 56, 69 MStGD.)“. In solchen Fällen sei an Stelle des jüngsten Offiziers ein dritter Oberkriegsgerichtsrat zu berufen, unabhängig davon, ob das Kriegsgericht mit einem oder mit zwei Kriegsgerichtsräten besetzt war (?).

3. Im Recht Nr. 9 S. 541 untersucht Rotermund einige Fragen der Kostenentscheidung im militärgerichtlichen Verfahren.<sup>1)</sup>

4. Der Mai 1906 brachte das X. Prüfungsergebnis des Reichsmilitärgerichts, umfassend das erste Halbjahr 1905 in 56 Hauptnummern, wovon 28 auf den Militärstrafprozeß, 11 auf das Militär-, die übrigen auf das Reichsstrafgesetzbuch entfallen. Hervorgehoben sei: In Ziffer 29 ist für Angehörige des Beurlaubtenstandes ausgesprochen, daß sie während der Strafverbüßung in einer militärischen Anstalt „im Dienste“ sich befindend (§ 6 MStGB.), den Militärstrafgesetzen im vollen Umfange unterworfen sind.

Die Ziffern 39 und 40 nehmen Ideal Konkurrenz zwischen § 141 und 92 oder 144 und 141 an. Ziffer 42 betont den Grundsatz des § 73 MStGB., wonach es nicht zulässig ist, neben der Hauptstrafe des schwersten Paragraphen eine Nebenstrafe aus dem konkurrierenden leichteren zu entnehmen, so verlockend dies bisweilen sein mag.

5. Die Kriminalstatistik des deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine für 1905 ist wieder (vgl. Z XXVI, 329 Ziff. 8) in Heft II der Reichsstatistik in diesem Frühjahr erschienen, und wurden nach Seite 14 des Sonderabdrucks rechtskräftig im Heer 12 916 Entscheidungen getroffen [in der Marine 1260] gegen 14 553 [1295] im Jahre 1904, wozu noch Fahnenfluchterklärungen gegen Abwesende treten: 862 [86] gegenüber 845 [67] des Vorjahres. Nach Spalte 42 S. 15 wurden Verfehlungen gegen die militärische Unterordnung „in trunkenem Zustande“ verübt: im Heer 353 gegen 322, in der Marine 45 gegen 49 von 1904. Wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs allein erfolgte wieder keine Verurteilung (Spalte 40 S. 21), während unter den 1075 wegen gefährlicher Körperverletzung Bestraften des Heeres sich 151 befinden (gegen 203 des Vorjahres), die auch gleichzeitig nach § 149 MStGB. schuldig waren; von der Marine zählen nur 2 zu den derart Verurteilten, während in den beiden Vorjahren dort keine solche Bestrafungen zu verzeichnen waren (S. 26, 27 Spalte 21 und Anm. 1 und 2). Abgeurteilte Davonläufer hat es im Heer wieder mehr gegeben, indem zu 546 aufgegriffenen Fahnenflüchtigen 621 kriegs- + 387 standgerichtliche Entfernungstrafen traten, insgesamt also 1554 gegenüber 936 von 1904. Bei der Marine stehen 38 + 120 + 88 = 246 solche Verurteilungen den 58 + 87 + 72 = 217 von 1904 entgegen, also gleichfalls eine Zunahme dieses vielfach mehr psychologisch als kriminell zu erklärenden Delikts.

6. Rissom beleuchtet „Notwehr und Waffengebrauch des Militärs“ in einer historisch und dogmatisch gleicherweise prägnant durchgearbeiteten Schrift (Berlin, Vahlen, 1,40 Mk.), wobei natürlich die vom Standpunkt der Disziplin mannigfach angestrebte

<sup>1)</sup> Leider mußten dies und einige der folgenden Referate wegen Raum-mangels wesentlich gekürzt werden.

Einschränkung der Notwehr Untergebener gegenüber Vorgesetzten das Wichtigste der Besprechung bildet. Wie heikel das Thema ist, möge z. B. ein Satz beweisen, in welchem Rissom eine Bemerkung in Herz-Ernsts Militärstrafrecht so aufsaßt, als ob dort ein Wink „für die dem Offizierstand angehörigen militärischen Richter“ gegeben, „die Gefahr“ in sich schließe, die theoretische Anerkennung der Notwehr durch einseitige Beweiswürdigung wieder zu beseitigen (S. 13). Verf. sagt treffend, ein Vorgesetzter, der rechtswidrig handele, verleihe ja nicht die militärische Autorität (25), das Recht der Einzelpersonlichkeit hingegen wachse mit der Gefährlichkeit des Angriffs (31). Er stellt schließlich den gesunden Satz auf, „das Problem“ sei wohl dahin zu fassen, „im einzelnen Falle ohne Einseitigkeit den angemessenen Ausgleich zu finden“ (33).

7. Bei Besprechung des Einflusses persönlicher Verhältnisse auf die Strafbarkeit der Teilnahme nach § 50 RStGB. kommt Doerr in Seufferts Blättern für Rechtsanwendung (Nr. 12 S. 342 f.) zu dem Schluß — da bei reinen Amtsdelikten nur ein Beamter Täter sein kann und sonach auch nur ein Beamter Mittäter (§ 47), während andere, die sich an der Tat beteiligen, nur als „Gehilfen“ strafbar seien, der Anstifter dagegen nicht auch (nur) zum Gehilfen werde —, daß „das Gleiche auch bezüglich der Teilnahme von Zivilpersonen an reinen Militärdelikten“ gelte. Dem möchte an sich und in Übereinstimmung mit der von ihm in Bezug genommenen Literatur zuzustimmen sein.

8. Ausführlicher findet sich die vorstehende Ansicht neustens begründet in B. von Rostk-Wallwitz' Schrift „Das militärische Delikt des Ungehorsams“ (Leipzig, Veit & Co., 3 Mt.), worin auch für strikte Interpretation des § 50 RStGB. und für Verfolgung von Anstiftung und Beihilfe zum militärischen Ungehorsam, ebenso wie zu allen anderen militärischen Delikten eingetreten wird. Insofern Verfasser S. 25 von solchem militärischen Ungehorsam spricht, der nur disziplinarisch geahndet werden kann, weshalb Beihilfe hierzu straflos bleiben müsse — siehe noch seine Begründung S. 87 —, hätte er deutlicher den „fahrlässigen“ Ungehorsam nennen sollen. Dies um so mehr, als er in Anm. 1 S. 25 die Aufforderung zur „Disziplinarverfehlung“ des Ungehorsams für den Nichtmilitär doch strafbar sein lassen will, wenn ein leichteres nach § 3 GG. z. MStGB. auf dem Disziplinarweg sühnbares derartiges Vergehen vorliegt. Bei Besprechung der objektiven Strafrechtswidrigkeit kommt Verf. auch zur Notwehr, verfährt aber den oben Ziff. 6 angegebenen Standpunkt noch bestimmter, indem er ein „eingengtes Notwehrrecht“ der Untergebenen gegenüber Vorgesetzten nicht gelten läßt (S. 64). Interessant sind auch seine Darlegungen über „die ausnahmsweise Pflicht zum Ungehorsam“ (S. 69).

9. Im Recht Nr. 4 S. 228 hat Heilforn zu dem bekannten Fall des Oberst a. D. Gädke darauf hingewiesen, daß die mit Erlaubnis zum Tragen der Uniform verabschiedeten Offiziere der Ehren-

gerichtsverordnung (vom 2. Mai 1874) unterstehen, und daß eine Nachprüfung der Rechtsgiltigkeit des Inhalts dieser Bestimmungen dem bürgerlichen Strafrichter — das Schöffengericht Berlin hatte Gölke von unbefugter Titelführung freigesprochen — nicht (?) zukommt.

**10.** In Nr. 7 S. 430 verfißt dagegen Delius sogar den Standpunkt, daß eventuell auf die in Art. 61 der RVerf. ausdrücklich erwähnte und dadurch zum Reichsgesetz (?) gewordene preußische Rabinetsordre über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843 zurückzugreifen sei. Seine Schlußfolgerung, daß die verabschiedeten Offiziere der „disziplinarischen“ Militärgerichtsbarkeit, wie Delius die Ehrengerichtsbestimmungen nennt, weiterhin unterworfen sind, muß natürlich beipflichtet werden.

**11.** Auch Zorn nimmt in der Deutschen Juristen-Zeitung Nr. 12 S. 669 f. Stellung zu dieser Streitfrage. Er betont hierbei, daß der Begriff Militärperson ein für das Strafrecht, den Strafprozeß, das Pensionsrecht u. s. f. wechselnder ist. Der verabschiedete Offizier bleibt Militärperson, wenn ihm auch nur eine der, einer solchen anhaftenden Eigenschaften — Ruhegehalt, Militärtitel oder Uniform — vorbehalten wurde. Der lediglich mit einem Offizierstitel verabschiedete ist immerhin noch einem Militärbefehl, wenn auch nur in geringerem Umfang unterworfen. Mit der Aufhebung der Militärstrafgerichtsbarkeit über verabschiedete Offiziere (RGes. vom 3. Mai 1890) hat deren Verbleib unter den Ehrengerichten, wie Zorn unanfechtbar vertritt, rechtlich keinerlei Zusammenhang.

**12.** Endres, „Die Ehrengerichtsverordnung für die Offiziere des deutschen Heeres“ (Berlin, v. Decker, geb. 2 Mk.). Während Zorn<sup>2)</sup> in dem eben erwähnten Artikel die Giltigkeit der Ehrengerichtsverordnung vom 2. Mai 1874 trotz fehlender ministerieller Gegenzeichnung aus Art. 63 bezw. 17 der RVerf. anerkennt, hebt Endres auch den § 8 des Reichsmilitärgesetzes als Grundlage der Giltigkeit hervor. Zweck, Aufgabe, Zuständigkeit, Bildung und Organisation der Ehrengerichte legt Endres dar. Wichtig ist die Negierung eines Auskunftsverweigerungsrechts für Offiziere, da die Aufschlußerteilung für sie militärische Dienstpflicht sei. Dabei kennt Verf. aber an, daß die im bürgerlichen und militärischen Strafprozeß geltenden Ausnahmebestimmungen über Zeugnis- und Eidesverweigerung auch für das ehrengerichtliche Verfahren maßgebend sind, S. 37

<sup>2)</sup> Zorn rät, künftighin terminologisch genau zu unterscheiden und nicht Befehle des obersten Kriegsherrn ohne ministerielle Gegenzeichnung als „Verordnungen“ zu bezeichnen, auch sollten „Befehle“ von so allgemeiner Bedeutung wie die Ehrengerichtsverordnung in geeigneterer Weise, als früher, publiziert werden. Daß die Giltigkeit eines derartigen Befehls weder durch eine irreführende Bezeichnung, noch durch mangelhafte Publikation beeinträchtigt werden, stellt Zorn fest. Das Kammergericht in Berlin hat sich inzwischen auch auf diesen Standpunkt gestellt, es kam aber aus anderen bestreitharen Gründen zur Freisprechung Gölkes.

und 61. Was Endres über die Verpflichtung der Zivilgerichte zur Rechtshilfe gegenüber militärischen Ehrengerichten S. 72—77 ausführt, ist gleichfalls von allgemeinem Interesse. Die Zusammenstellungen der Tätigkeitsgebiete der Ehrengerichtsfaktoren nach preussischem und bayrischem Recht S. 105 und 173 sind zu weit voneinander getrennt, als daß hierdurch das erwünschte Vergleichende erleichtert würde.

**13.** „Militärstrafrecht für Heer und Marine des Deutschen Reichs“ ist ein als Ersatz für Solms bezeichnetes neues Handbuch betitelt (Berlin, G. W. Müller, 1120 Seiten, geb. 10 M.), worin Elsner von Gronow und Sohl, ähnlich wie Schlayer oder Herz-Ernst unser materielles und prozessuales Militärstrafrecht mit Zubehör (Kriegsartikel usw.) bearbeitet haben. Auch das im Anhang gebrachte bürgerliche Strafgesetzbuch ist kommentiert. Stichproben ergaben die Verlässigkeit des Wertes, das fast bis auf den neuesten Stand der militärischen Rechtsprechung gehalten ist; die Literatur ist bei Herz-Ernst besser berücksichtigt. Das Verdienst der beiden Verf. liegt hauptsächlich darin, daß sie ein für alle Kontingente unseres Heeres und für die Marine auf strafrechtlichem Gebiet umfassendes Nachschlagewerk geschaffen haben.

**14.** Gegen die Auffassung, als ob zwischen Selbstbefreiung und uuerlaubter Entfernung bezw. Fahnenflucht eine Idealkonkurrenz ausgeschlossen sei wegen „Gesetzeskonkurrenz“, wendet sich Autenrieth in der deutschen Juristen-Zeitung Nr. 16/17 S. 956.<sup>3)</sup>

**15.** Über die beabsichtigte Reform des französischen Militärstrafverfahrens berichtet Hauck in derselben Zeitschrift (Nr. 18 S. 1011), es könne sich dort nur darum handeln, ob das Schöffengericht oder Geschworenenprinzip durchbringe, und hinsichtlich der Stellung des militärischen Elements im Prozeß verweist er darauf, daß zwei andere Republiken die äußersten Extreme vertreten: Amerika, wo der ganze Prozeß in der Hand des Militärbefehlshabers liegt, und die Schweiz, wo dieser am weitesten zurücktritt. Daß unsere deutsche MStGD. ein bedeutender Fortschritt ist, hebt Verf. richtig hervor mit dem Hinweis auf Norwegen, woselbst unser Verfahren nachgeahmt werden soll. Er hätte aber auch betonen sollen, daß bei uns das Prinzip der Militärschöffen sich gegenüber der früheren Geschworeneninstitution bewährt, und daß die Prozeßleitung stets in der Hand eines Militärjuristen liegt — nicht, wie die Tagespresse in den meisten Prozeßberichten es falsch darstellt, in jener des den Ehrenvorsitz führenden Offiziers.

<sup>3)</sup> Vgl. meine denselben Standpunkt verachtenden Darlegungen in: Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern Nr. 15/16 S. 335 von 1905 und Z XXVI 330 Ziffer 11.